

Noch Tage vor Kriegsausbruch, am 25. Juli 1914, rief der SPD-Parteivorstand zu Massendemonstrationen gegen das „verbrecherische Treiben der Kriegshetzer“ auf; mehr als eine halbe Million Menschen folgten. Sie wandten sich vor allem gegen die provokative Politik der Donaumonarchie. Die Demonstranten forderten, das Deutsche Reich solle seinen ganzen Einfluss auf den österreichischen Bündnispartner nutzen, um den Frieden zu wahren; keinesfalls dürfe es sich in einen Krieg hineinziehen lassen.

Die Sozialdemokraten und ihre Anhänger wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, dass Berlin über Geheimkanäle Wien bereits absolute Solidarität versichert, also im Kriegskurs klar ermutigt hatte. Die Herrschenden des wilhelminischen Reichs verheimlichten ihre Ziele, weil sie mit Widerstand rechnen mussten. Für Militär und Politik war der gefährlichste Gegner die SPD.

Denn die Parteigründer August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten schon im Reichsgründungs-Krieg von 1870/71 energisch die Annexion von Elsass-Lothringen bekämpft und ihre Solidarität mit Frankreichs arbeitender Bevölkerung erklärt. Sie hatten daraufhin mit Festungshaft für ihre kühne, klare Haltung gebüßt. Ihretwegen waren Sozialdemokraten im Reich als „vaterlandslose Gesellen“ verfeimt: Dem imperialen Nationalismus setzten sie Bebels berühmte Losung „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ entgegen.

Die SPD stellte die größte Fraktion im Reichstag. Sie hatte bei den letzten Vorkriegswahlen von 1912 mehr als ein Drittel der Stimmen geholt. Auch über die mit ihr verbundenen Gewerkschaften übte sie großen Einfluss auf die Arbeiterschaft aus. Sie war die Führungsmacht und das allseits bewunderte Vorbild jener Parteien, die sich 1889 zur sozialistischen Internationale zusammen-

geschlossen hatten. Die Vertreter der europäischen Arbeiterschaft, die SPD voran, hatten einander seither immer wieder geschworen, den drohenden Krieg durch Verbrüderung zu verhindern.

Wilhelm II. und der Generalstab erwogen deshalb zunächst, die SPD-Führer präventiv zu verhaften – als eine Art Enthauptungsschlag gegen den erwar-

Mehrfach wurden in den letzten Julitagen SPD-Vertreter ins preußische Innenministerium bestellt: Die Regierung wünsche selbst den Frieden und wolle Demonstrationen keineswegs verbieten. Nur solle die SPD bitte nicht der massiv antideutschen Stimmung in Russland durch unbedachte Kritik an der eigenen Staatsführung Vorschub leisten. Albert Südekum, Vertreter des rechten Parteiflügels, versicherte dem Reichskanzler daraufhin ehrerbietig, er müsse keinerlei Kampffraktion der SPD befürchten.

Schlau schürte die Regierung die in der Arbeiterbewegung tief verwurzelte Angst vor dem Despotismus im Osten: Seitdem die Zarentruppen 1849 die Niederwerfung der Freiheitsbewegung in Österreich-Ungarn angeführt hatten, war Russland allen europäischen Demokraten, vor allem den Sozialdemokraten, als Bollwerk der Reaktion verhasst. Sogar Parteichef Bebel hatte 1904, damals schon 64 Jahre alt, im Reichstag erklärt, gegen einen Angriff des Zarismus würde er persönlich das Gewehr schultern.

Die Taktik, das Deutsche Reich als argloses Opfer einer russischen Aggression darzustellen, ging perfekt auf. Am Abend des 31. Juli 1914 teilte das Kriegsministerium den militärischen Kommandos mit, „nach sicherer Mitteilung“ habe die SPD „die feste Absicht, sich so zu verhalten, wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen geziemt“. Buchstäblich über Nacht schlug die Stimmung auch bei den Arbeitern um.

Dazu trug die sozialdemokratische Presse bei, die nun insgesamt auf die offizielle Propaganda hereinfließ, die Armee werde nur zur Verteidigung mobilisiert – russische Barbarenhorden seien schon im Anmarsch. Instinktiv entschied sich die Arbeiterschaft für ihre vermeintlich bedrohte Heimat.

Die deutschen Gewerkschaftsvorstände riefen bereits am 2. August zur Einstellung aller Lohnkämpfe auf, zur patriotischen Zusammenarbeit mit dem alten Klassenfeind. Mit dieser Haltung,

*Sogar die SPD stimmte den
Kriegskrediten zu.
Doch die Opposition wuchs von Jahr
zu Jahr – bis zur Revolution.*

Die große Irreführung

Von RAINER TRAUB



Karl Liebknecht bei einer Rede
im Berliner Tiergarten, 1918

teten Widerstand. Sie kamen dann aber mit subtileren Mitteln ans Ziel.

Denn Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg setzte auf Beschwichtigung statt Konfrontation. Er nutzte den Umstand, dass Teile der Arbeiterbewegung am Stigma der „Vaterlandslosigkeit“ litten und sich trotz der offiziellen Klassenkampfrhetorik danach sehnten, als Patrioten anerkannt zu werden. Er ließ die SPD mit einem Lügengewebe umgarnen, das auf ihre verwundbarste Stelle zielte: die Russenfurcht.



Postkarten-Karikatur gegen die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten. Befürworter Philipp Scheidemann, Albert Südekum (stehend v. l.), Gegner Karl Liebknecht, Georg Ledebour (sitzend v. l.): „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! (*durchgestrichene*

Parole des Parteigründers August Bebel –Red.). Falsch! Wir müssen umlernen. Von heute an lautet die Parole: Sämtliche Milliarden, die Moloch Militarismus fordert, bewilligen wir mit Hipp, Hipp, Hurra!!!“

die als „Burgfrieden“ in die Geschichte des Ersten Weltkriegs einging, nahmen sie in vorauseilendem Gehorsam den berühmten Appell Wilhelms II. vorweg, der erst zwei Tage später kam: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“ An diesem 4. August 1914 geschah dann auch im Reichstag, was bis Ende Juli unvorstellbar gewesen war: Die SPD-Fraktion erklärte ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten.

In einer gewundenen Erklärung zum Protokoll gab sie der „imperialistischen Politik“ die Verantwortung für den Krieg und verwies darauf, „noch bis in die letzten Stunden hinein durch machtvolle Kundgebungen für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt“ zu haben. Alle Anstrengungen seien „vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus viel, wenn nicht alles auf dem Spiel“.

So einhellig, wie die sozialdemokratische Bewilligung der ersten Kriegskredite im Reichstag ausfiel, war sie zwar keineswegs zustande gekommen. Denn nach dramatischen Diskussionen in der

SPD-Fraktion hatte sich tags zuvor eine Minderheit ihrer Abgeordneten gegen die Kriegskredite ausgesprochen. Aber die geheiligte Parteidisziplin verlangte, die einmal getroffene interne Mehrheitsentscheidung nach außen geschlossen, also einstimmig zu vertreten. Deshalb votierte sogar Karl Liebknecht, der Sohn des Parteigründers und hellstichtigste Kriegsgegner, im Reichstag mit Ja.

Am Abend jenes Tages versammelte Rosa Luxemburg, die nach der Abstimmung zwischen Verzweiflung und unbändigem Zorn schwankte, in ihrer Berliner Wohnung ein Grüppchen von Kriegsgegnern aus der Parteiintelligenz. Aber nur ein winziger Teil der Arbeiter trat dem patriotischen Taumel offen entgegen – wie einige junge Brandenburger mit ihren satirischen Flugblatt-Versen: „Ihr ungezählten Millionen / Aus Schacht und Feld, aus Stadt und Land, / Ihr seid nun Futter für Kanonen, / Die schuf des Proletariers Hand! / Jetzt schießt man auf den Bruder gern, / Weil es der Wunsch der hohen Herrn! / Vernichtung vieler Menschenleben, / Das ist das Ziel, das wir erstreben./ Das

nennt man jetzt den heil’gen Krieg, / Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Es brauchte einige Zeit, bis der vermeintliche Verteidigungskampf zur Rettung des Vaterlandes in den Schützengräben als imperialer Eroberungskrieg verstanden wurde. Während sich Sozialdemokraten und gutgläubige Arbeiter Pickelhauben aufsetzten, verfielen auch die Linksparteien der anderen kriegführenden Länder zumeist dem Chauvinismus und riefen zu den Waffen.

Mit der Mobilmachung am 1. August 1914 wurde nach einem preußischen Gesetz von 1851 der Belagerungszustand verhängt, den die Propagandisten des Burgfriedens bereitwillig hinnahmen. Die kriegsrechtlichen Befugnisse gingen an die stellvertretenden Militärbefehlshaber der 24 Armeekorpsbezirke über, in die das Reich aufgeteilt war. Sie waren direkt dem Kaiser unterstellt und hatten de facto diktatorische Vollmachten. Der US-Historiker Gerald Feldman argumentiert, in dieser Art Militärdiktatur trete der autoritäre Wesenskern des auf „Blut und Eisen“ (Bismarck) gegründeten Kaiserreichs rein hervor: „Die Bismarcksche Revolution von oben, aus der



das vereinigte deutsche Reich hervorging, war eine Tat des Heeres gewesen; die Aufgabe, erster Hüter der inneren und äußeren Sicherheit des Reiches zu sein, fiel nunmehr dem Heer zu.“

Zensur und Armee hatten die Aufgabe, Opposition gegen den Krieg im Keim zu ersticken. Offen ausgetragene Debatten über einen möglichen Widerstand waren nahezu unmöglich geworden.

Dennoch mobilisierten die linken Kriegsgegner, nachdem sie ihren Schock überwunden hatten, alle Kräfte. Karl Liebknecht, der seine Unterordnung unter die „Parteidisziplin“ längst bereute, schrieb einem Genossen Ende September 1914: „Selbst vom denkbar ‚nationalsten‘ Standpunkt aus hat unsere Fraktion einen ungeheuerlichen Fehler gemacht. Durch ihre Zustimmung hat sie zugleich alle Dämme niedergerissen, die im Ausland dem Kriege und der äußeren und inneren Beteiligung der

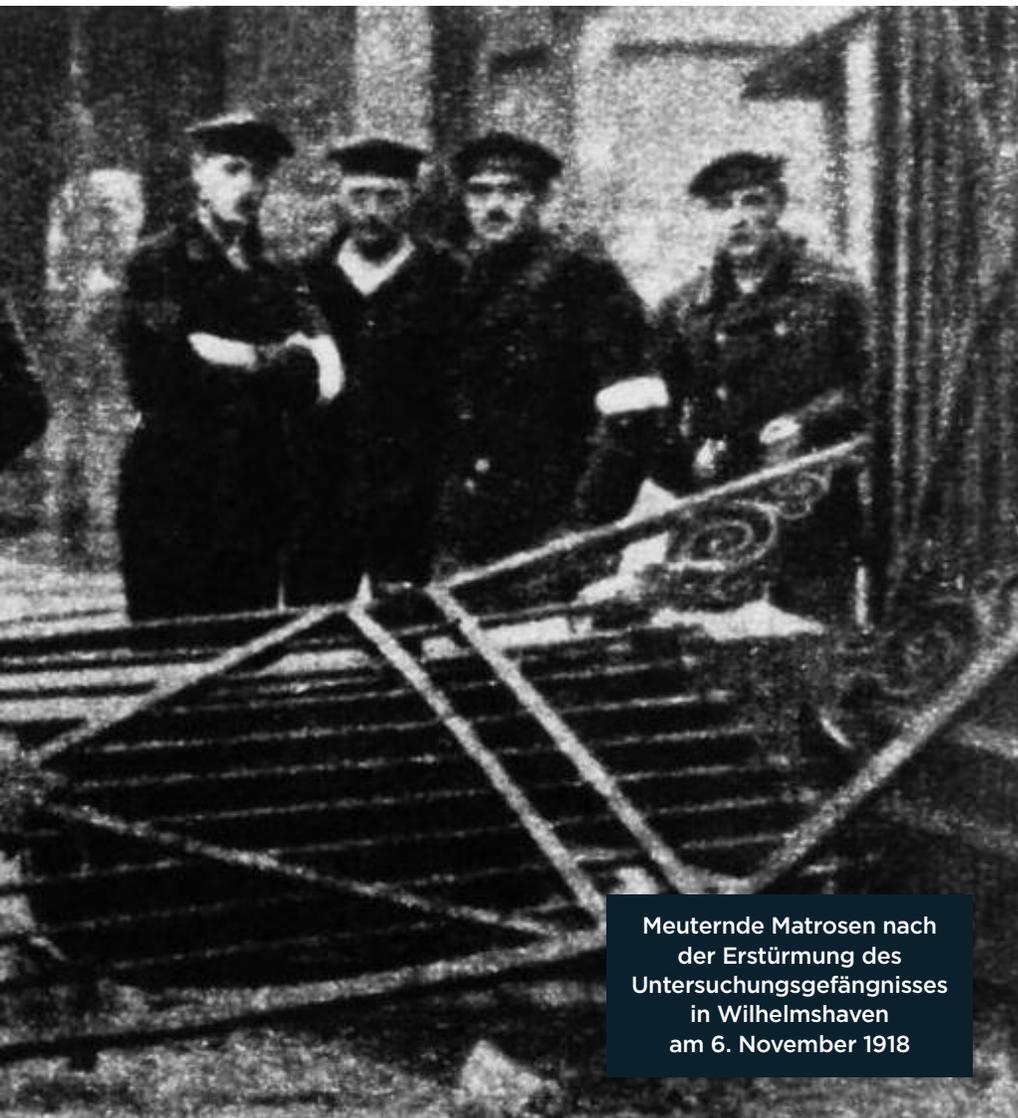
Volksmassen an diesem Kriege entgegenstanden.“

Als am 2. Dezember 1914 weitere Kriegskredite bewilligt werden sollten, stimmte Liebknecht als einziger SPD-Mann mit Nein. Doch bis Dezember 1915 war bei der Abstimmung in der SPD-Fraktion die Zahl der Nein-Stimmen auf 44 gestiegen, die nun fast die Hälfte der Partei vertraten. Im Reich griffen Hungerunruhen um sich.

Im Januar 1916 entzog die Mehrheit der SPD-Abgeordneten im Reichstag Liebknecht die Rechte eines Fraktionsmitglieds, um den – aus ihrer Sicht wie jener der Militärs – gefährlichsten Kriegsgegner zu isolieren. Sie erreichte das Gegenteil. Im März 1916 wurden bereits 18 Dissidenten aus der SPD-Fraktion verbannt; sie bildeten die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“.

Im schweizerischen Dorf Zimmerwald waren im September 1915 Vertreter der europäischen Linken – von der SPD unter anderem der entschiedene Kriegsgegner Georg Ledebour – zusammengekommen, die die Burgfriedenspolitik ihrer Parteien ablehnten. Sie forderten, wie bei einer zweiten Konferenz im April 1916, die Rückkehr zum Internationalismus und Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Auf der äußersten Linken stand jeweils der russische Delegierte Wladimir Iljitsch Lenin von der Partei der Bolschewiki allein mit seiner Forderung, den Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturz des internationalen Kapitalismus umzuwandeln.

In der neutralen Schweiz erschien im Frühjahr 1916 auch die Broschüre eines gewissen Junius: „Die Krise der Sozialdemokratie“. Hinter dem Pseudonym verbarg sich Rosa Luxemburg, die ihre leidenschaftliche Kritik am „Selbstmord der



Meuternde Matrosen nach der Erstürmung des Untersuchungsgefängnisses in Wilhelmshaven am 6. November 1918

europäischen Arbeiterklasse“ aus dem Königlich-Preußischen Weibergefängnis in Berlin hatte herausschmuggeln können: „Das im August, im September verladene und patriotisch angehauchte Kanonenfutter verwest in Belgien, in den Vogesen, in den Masuren in Totenäckern, auf denen der Profit mächtig in die Halme schießt. Das Geschäft gedeiht auf Trümmern, Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerung zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen; Völkerrecht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen gerissen.“

Lückenlos reihte sie die Beweise aneinander, die zeigten, wie die deutsche Regierung und Wilhelm II. das Volk mit der Rede von der „aufgezwungenen Notwehr“ getäuscht hatten.

Aber in diesem Jahr 1916 mehrten sich auch die Anzeichen für wachsende Unruhe in der Arbeiterschaft, die weit schwerer

an der Kriegslast trug als die Oberschicht. Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn wurde am 1. Mai in mehreren Großstädten demonstriert. Noch beschränkten sich die Forderungen zumeist auf höhere Zulagen und bessere Lebensmittelversorgung.

Aber am Potsdamer Platz in Berlin rief Karl Liebknecht an der Spitze der Demonstranten lauthals: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung“ – und wurde auf der Stelle verhaftet. Als er Ende Juni wegen Hochverrats vor Gericht stand, traten in Berlin Zehntausende Rüstungsarbeiter in Proteststreik. In Stuttgart, Bremen und Braunschweig folgten andere.

„Liebknecht ist heute der populärste Mann in den Schützengraben“, schrieb Karl Kautsky, der bekannteste Theoretiker der SPD, Anfang August 1916 einem Genossen. „Die unzufriedenen Massen sehen in ihm den Mann, der für das Ende des Krieges wirkt, und das ist ihnen jetzt die Hauptsache.“

Zu Beginn des Jahres 1917 verschärfte die immer kritischere Ernährungslage im Reich und die Nachricht von der russischen Februarrevolution die politische Situation. Es gärte an der Front, in den Fabriken und in der SPD. Spontane Streiks nahmen zu. Die aus der Partei verbannten Kriegsgegner konstituierten sich im April 1917 als Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Deren linken Flügel bildete die „Spartakusgruppe“, wie sich der Kreis um die Inhaftierten Liebknecht und Luxemburg seit 1916 nannte.

Im Sommer 1917 veränderte die Hoffnung auf Frieden auch die Fronten der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Die Kräfte der Mitte, Zentrum und Fortschrittspartei, hatten im Gegensatz zur Militärkamarilla und zur Rechten den Glauben an einen „Siegfrieden“ verloren. Sie forderten nun wie die USPD und die SPD einen Verständigungsfrieden – wobei letztere unter Führung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann an ihrer Geschichtsversion vom aufgezwungenen Verteidigungskrieg festhielt. Die Nachkriegskoalition zeichnete sich ab.

Die Oktoberrevolution, die mit der Parole „Brot und Frieden“ siegte, und der deutsch-russische Separatfrieden von Brest-Litowsk im März 1918 entzogen der Propaganda von der Gefahr durch reaktionäre Barbarenhorden im Osten endgültig den Boden. Die Proteste wurden politischer, Streiks griffen auf das gesamte Reich über. Hunderttausende legten im Januar 1918 die Arbeit nieder, viele Rüstungsbetriebe standen still.

Ein letztes Mal gelang es der Reichsleitung, die Proteste zu ersticken. Streikführer wurden an die Front strafversetzt, willfährige Gewerkschaftsführer und rechte Sozialdemokraten warben für Ruhe und Ordnung. Doch im Frühsommer 1918 endete der verzweifelte Versuch einer letzten deutschen Großoffensive mit riesigen Verlusten; Desertionen nahmen bald sprunghaft zu.

Als Ende Oktober 1918 ein Flottenbefehl in Kiel die deutsche Hochseeflotte im bereits verlorenen Krieg zur „Entscheidungsschlacht gegen England“ schickte, meuterten die Besatzungen mehrerer Schiffe. Schnell breitete sich unter roten Fahnen ein Matrosenaufstand aus. Überall im Reich bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte. Sie forderten Frieden, Republik und Sozialismus.

Das Kaiserreich war am Ende. ■